

Gemeinsame Medienmitteilung der Gewerkschaft VPOD und des Personalverbands Stadt Winterthur

Medienmitteilung zum Sparpaket „Balance“

Die Leidenszeit für das Personal dauert an.

Es überrascht nicht, dass der Stadtrat im Rahmen des Sparpaketes Balance zu einem grossen Teil beim Personal sparen will. Die Verwaltung soll um rund 500 Stellen verkleinert werden. Das ist ein gewaltiger Abbau. Diese geplanten Massnahmen des Stadtrates sind hart und belasten das Personal schwer.

110 Stellen sollen bis 2019 gestrichen werden. Der Stadtrat verspricht, nach Möglichkeit auf Entlassungen zu verzichten und den Abbau via natürliche Fluktuationen zu schaffen. Diesen Worten müssen bei der Umsetzung Taten folgen. Die Personalverbände fordern, dass die Umsetzung des Stellenabbaus ohne Entlassungen vollzogen wird. Die jüngste Personalumfrage zeigte deutlich, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung bereits heute stark unter Druck stehen. Die gleiche Leistung kann mit weniger Personal nicht mehr erbracht werden. Der Leistungsabbau muss gegenüber den Mitarbeitenden und der Bevölkerung klar kommuniziert und ausgewiesen werden.

Rund 400 Stellen will der Stadtrat mit Auslagerungen und Privatisierungen einsparen. Welchen Spareffekt er sich davon verspricht, ist klar. Es geht um die Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des betroffenen Personals. Hier muss eine breite öffentliche Debatte stattfinden.

Der Abbau von 40 Lehrstellen ist mehr als bedenklich. Die Stadt Winterthur hat für die Ausbildung von Lehrlingen eine Vorbildfunktion. Zudem hat sie, als grösste Arbeitgeberin der Region, auch eine entsprechende Verantwortung. Nicht nachzuvollziehen ist der Abbau im Bereich der Alterszentren, denn es besteht schon heute ein akuter Mangel an Pflege- und Gesundheitsfachkräften.

Darüber hinaus will der Stadtrat das gesamte Personalrecht der Stadt Winterthur flexibilisieren. Er verspricht sich davon Einsparungen von rund 5 Millionen. Offenbar hat der Stadtrat die Ergebnisse der Personalbefragung bereits vergessen. Die Zufriedenheit ist seit 2011 um 18% auf 52% gesunken. Seit 2012 sinkt der Lohn der städtischen Mitarbeitenden, sie müssen bereits das 2. Sparprogramm innert 2 Jahren über sich ergehen lassen. Das Projekt Fokus, die Sanierung der Pensionskasse und diverse Umstrukturierungen haben sie bisher ertragen. Auf Grund der Auslagerungs- und Privatisierungsabsichten des Stadtrates stehen viele vor einer ungewissen Zukunft. In dieser Situation das Personalrecht zu flexibilisieren und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern ist nicht akzeptabel. Dies schadet dem ohnehin angekratzten Ruf der Stadt als Arbeitgeberin zusätzlich.

Ansprechpersonen:

VPOD: Georg Munz, 044 295 30 12 / 0763648258 bis 16:00 Uhr

PVW: Regula Huwyler, 052 267 68 65